

Dienstag (Vormittag), 5. Juni 2018

Regierungsrat

51 2017.STA.1430 Bericht RR Die Aussenbeziehungen des Kantons Bern 2017

Präsident. Wir gehen weiter zum Traktandum 51, «Die Aussenbeziehungen des Kantons Bern 2017», einem Bericht, der in der SAK vorberaten wurde. Ich erteile dem Sprecher, Christian Bachmann, das Wort.

Christian Bachmann, Nidau (SP), Kommissionssprecher der SAK. Ich übernehme hier die Rolle von Philippe Messerli, welcher die Kommission für dieses Geschäft präsidiert hat. Sie haben den dritten Jahresbericht des Regierungsrats zu den Aussenbeziehungen des Kantons Bern erhalten. Darin gibt die Exekutive darüber Auskunft, was sich 2017 über die Kantonsgrenzen hinaus ereignet hat. Erwähnt wird die Beziehungspflege zu den Bundesparlamentariern und zu den anderen Kantonen in den verschiedenen Ausschüssen und Konferenzen, also die interkantonale Zusammenarbeit. Sie sehen ab Seite 19, in wie vielen Kommissionen die Regierungsmitglieder mitwirken. Ich habe deren 33 gezählt. Weiter werden die verschiedenen Stellungnahmen zu Geschäften und Vorlagen erwähnt, die unseren Kanton betreffen. So hat der Regierungsrat zu 85 Bundesvernehmlassungen Stellung genommen. Weiter wird erwähnt, dass auf internationaler Ebene ein Projekt zwischen dem Kanton Bern und der japanischen Präfektur Nara zustande gekommen ist. Mit einer Planungserklärung wurde der Regierungsrat im letzten Jahr von der SAK dazu aufgefordert, dass Bern einen direkten Nutzen aus der Beziehung mit Nara ziehen solle. Dazu gibt es laut Bericht erst gewisse Überlegungen im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz. Über die Fortsetzung eines interkantonalen Psychiatrieprojektes mit Bosnien-Herzegowina muss der Regierungsrat in diesem Jahr entscheiden.

Der Bericht geht in einem Ausblick auf fünf Schwerpunkte in den Aussenbeziehungen des Kantons Bern für das laufende Jahr ein. 1. Die Berner Interessen bei der Weiterentwicklung des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) sollen eingebracht werden. 2. Der Kanton Bern bringt seine Interessen bei der Europapolitik des Bundes ein. 3. Die Aussenbeziehungen sollen in den Legislaturzielen 2018–2022 fixiert werden. 4. Mit dem Kanton Jura soll der Kantonswechsel von Moutier verhandelt werden. Ich bezweifle, dass dies noch in diesem Jahr gelingen wird. 5. Die Planungserklärung zur Präfektur Nara: Der direkte Nutzen soll möglichst umgesetzt werden. Alt Regierungsrat Käser hat den vorliegenden Bericht zu den Aussenbeziehungen des Kantons Bern der SAK am 19. Februar dieses Jahres vorgestellt. Er hat die guten Erfahrungen mit der SAK beim Dialog zu den Aussenbeziehungen betont. Das Verständnis für die Aussenbeziehungen sei gewachsen. Auch vonseiten der Kommission wird die Zusammenarbeit mit der Regierung betreffend die Aussenbeziehungen nach anfänglichen Schwierigkeiten als positiv bewertet. Die Überweisung von Vorträgen und weiteren Geschäften funktioniert gut. Die Regierung nimmt ihre Bringschuld wahr. Auf der Liste «Geschäftsplanung Grosse Rat» werden die Aussenbeziehungsgeschäfte publiziert. Die SAK betont allerdings den Wunsch, vor allem über heikle Geschäfte im Voraus direkt informiert zu werden. Diesem Wunsch will der Staatsschreiber nachkommen. Positiv wird auch bewertet, dass neben dem jährlichen Dialog im Februar nach den Sommerferien ein Zwischendialog stattfinden soll. Auf die Schwerpunkte angesprochen, betonte Regierungsrat Käser, dass Schwerpunkte aus den Vorjahren wiederholt, dafür aber je nach Bedarf gleichwohl weiterverfolgt werden, so zum Beispiel bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens oder betreffend den Berner Medizinalstandort. Die SAK hat den Bericht mit 17 zu 0 Stimmen zur Kenntnis genommen. Ich bitte Sie, dies auch zu tun.

Präsident. Gibt es Wortmeldungen der Fraktionen? – Für die grüne Fraktion spricht Grossrat Vanoni.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Auch wir nehmen natürlich vom Bericht über die Aussenbeziehungen Kenntnis, aber bei der Lektüre ist uns etwas aufgefallen, das uns überrascht hat und das wir noch hervorheben möchten. Als Schlüsselgeschäft in den Aussenbeziehungen im letzten Jahr erwähnt der Bericht an erster Stelle und unterstrichen das Klimaabkommen von Paris. Weiter steht im Bericht: «Eine wirksame Klimapolitik ist für den Kanton Bern von zentraler Bedeutung.» Es steht auch darin, dass der Forschungs- und Werkplatz von einer aktiven Klimapolitik profitieren dürfte. Neben dem Hinweis auf die Chancen kommen aber auch die Warnungen. Der Bericht erinnert an den Rückgang der Gletscher, ans Auftauen der Permafrostböden im Gebirge und an andere Auswirkungen auf den Bergkanton Bern, an die hohen Kosten, die der Hochwasserschutz und Schutzbauten gegen Lawinen, Steinschlag und Rutschungen verursachen. Das müsste uns eigentlich alarmieren. Oder sind wir schon so weit abgestumpft, dass wir das einfach wie den Bericht selber mit einem Schulterzucken zur Kenntnis nehmen? – In einer schönen Tabelle wird im Bericht die Zustimmung zum Klimaabkommen von Paris zu den Hauptinteressen des Kantons Bern gezählt. Was die Umsetzung dieses Abkommens bedeutet, wird auch aufgelistet: 1. Rasche Reduktion von CO₂-Emissionen, Reduktionsziel von 50 Prozent, und 2. langfristig: Ausdehnung der CO₂-Abgabe auf Treibstoffe. Dies alles steht im Bericht über die Aussenbeziehungen im Rückblick aufs vergangene Jahr. In den Schwerpunkten, die darin für das Jahr 2018 formuliert werden, kommt der Klimaschutz dann aber mit keinem Wort mehr vor. Wir finden, dass der Einsatz für den Klimaschutz auch im laufenden Jahr und in weiterer Zukunft ein zentrales Anliegen des Kantons Bern bleiben und sowohl in den Aussenbeziehungen als auch vor allem in unseren Hausaufgaben wahrgenommen werden muss, dies auch hier im Grossen Rat. Ich danke Ihnen, wenn Sie den Bericht in diesem Sinne auch als Bekenntnis zum Klimaschutz zur Kenntnis nehmen.

Präsident. Für die SVP-Fraktion Grossrätin Graber, Fraktionssprecherin. – Ich gebe das Wort Regierungsvizepräsident Christoph Ammann, der dieses Geschäft vonseiten des Regierungsrats vertritt, und begrüsse ihn an dieser Stelle herzlich.

Christoph Ammann, Volkswirtschaftsdirektor. Ich kann zunächst die Feststellung des Kommissionssprechers bestätigen: Der Dialog zwischen der Regierung und der SAK hat sich im Berichtsjahr etabliert. Insbesondere hat sich dieser Zwischendialog, welcher auf Wunsch der SAK stattfand, bewährt. In einem offenen Gespräch und Austausch konnten Fragen geklärt werden, und man konnte sich austauschen. Auf das Berichtsjahr zurückblickend, stellt die Regierung einen «Courant normal» fest, wie es auch im Bericht festgehalten worden ist. Neben verschiedenen Geschäften, wie sie in jedem Berichtsjahr anfallen, wie etwa Stellungnahmen der Regierung zu Bundesvernehmlassungen und so weiter gab es Schwerpunkte. Das Thema Klimapolitik ist vom Sprecher der Grünen erwähnt worden. Ich kann Grossrat Vanoni beruhigen: Das Thema Klimapolitik hatte für die Regierung einen grossen Stellenwert und wird es auch in Zukunft haben. Es wird nicht in jedem Berichtsjahr unter den Schwerpunkten der Aussenbeziehungen erwähnt, weil auch nicht in jedem Jahr entsprechende Aktivitäten vorgesehen sind, aber es spielt beispielsweise im Rahmen der Regierungsrichtlinien immer eine Rolle. Das ist ein Leitsatz der nachhaltigen Entwicklung, der dort festgeschrieben ist. Im Dreieck der Nachhaltigkeit spielt selbstverständlich die Ökologie und damit auch die Klimapolitik des Kantons Bern eine Rolle.

Ich verweise mit Blick aufs letzte Jahr auf ein Schwerpunktthema, das den Kanton Bern wie alle anderen Schweizer Kantone beschäftigt hat und beschäftigen wird. Ich spreche von der Umsetzung der «Masseneinwanderungsinitiative». Ich war gerade gestern an einer Sitzung mit Bundesrat Schneider-Ammann. Jetzt geht es um konkrete Vollzugsfragen und darum, nicht nur einen Zeitplan aufzustellen, sondern auch zu regeln, wie der Vollzug – das heisst die Kontrollen – ab 1. Juli 2018 geregelt wird, wie die Finanzierung, also die Mitbeteiligung des Bundes, etabliert beziehungsweise festgeschrieben wird. Ich kann Ihnen versichern, liebe Grossrätinnen und Grossräte, dass die Kantone geschlossen die Auffassung vertreten, dieses Thema sei ein Bundesthema und der Bund müsse so bald wie möglich eine Gesetzesgrundlage vorlegen und sich auch an der Finanzierung dieser zusätzlichen Kontrollen beteiligen.

Ein zweites Thema, das auch alle Kantone gleichermassen betrifft, also auch Bern, und bei welchem die Reihen der Kantone geschlossen sind, betrifft die Europapolitik des Bundes. Auch hier geht es um die Verhandlungen beispielsweise zum Thema Staatsbeihilfen, das sämtliche Kantone betrifft, etwa über die neue Regionalpolitik. Auch dies ist ein Thema, das im Verständnis der EU als Beihilfe verstanden beziehungsweise in den Vertragsverhandlungen angesprochen wird, die man aus Sicht der EU nicht gerne sieht beziehungsweise allenfalls eliminieren möchte. Auch hier haben

die Kantone eine klare Haltung, und sie bringen sie auch regelmässig beim Bundesrat und bei der Verhandlungsdelegation in Brüssel ein. «Courant normal» wie die Treffen mit den Kantonsregierungen bedeutet nicht einfach freudige Reisen und Geselligkeit, sondern es geht um Netzwerkanlässe und darum, dass man sich zu konkreten Fragen austauscht. Dabei bietet sich eine jeweils sehr willkommene und wirkungsvolle Gelegenheit für die Regierung für Treffen in anderen Kantonen und den Austausch mit Regierungsmitgliedern.

Wenn ich einen Ausblick aufs nächste Jahr mache, sind folgende Schwerpunktthemen zu erwähnen: Die Europapolitik bleibt weiterhin ein Schwerpunkt, ebenso Themen wie der NFA. Hier gibt es eine abweichende Beurteilung der Neuregelung. Wir gehören zu den Nehmerkantonen und schliessen uns vorläufig noch nicht dem Kompromissvorschlag an. Er bringt für Bern zu grosse Nachteile. Ausserdem möchte ich heute als letztes Schwerpunktthema das Thema Moutier und die Verhandlungen zu einem Kantonswechsel der Gemeinde aufgreifen und dabei zeigen, wie die Regierung diesem Thema auch im Zusammenhang mit Aussenbeziehungen das nötige und angemessene Gewicht verleiht. Ich kann Ihnen hier als neuste Nachricht die Zusammensetzung der Delegation für Aussenbeziehungen angeben. Die Regierung hat an der Sitzung von heute Morgen die drei Mitglieder dieser Delegation neu gewählt: den Gesundheitsdirektor, die Erziehungsdirektorin und den Volkswirtschaftsdirektor als Vorsitzenden. Ich bitte Sie, von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen.

Präsident. Wir kommen zur Beschlussfassung über die Kenntnisnahme des Berichtes. Wer den Bericht zur Kenntnis nimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Kenntnisnahme

Ja	141
Nein	0
Enthalten	2

Präsident. Sie haben den Bericht mit 141 Ja-Stimmen ohne Gegenstimme bei 2 Enthaltungen zur Kenntnis genommen. Ich wünsche dem Volkswirtschaftsdirektor einen schönen Tag.